Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 26 (1923-1924)
Heft: 11

Artikel: Modernes Antidemokratentum
Autor: Oeri, Albert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-748405

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MODERNES ANTIDEMOKRATENTUM

(Nach einem vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Zürich gehaltenen Vortrag.)

Im Jahre 1918 hat die Welt der Demokratie « Hosiannah » zugerufen. Heute schreit sie «Crucifige». Das ist bedauerlich, aber kein Wunder. Alles eindrückliche weltgeschichtliche Geschehen in diesem Jahrfünft hat *gegen* die Demokratie gesprochen. Was ist eindrücklich? Der Erfolg! Wer hatte Erfolg? Die Antidemokraten!

— — Gewiss ist es sehr flüchtig, sich auf diese Weise ein Urteil bilden zu wollen. Wir haben noch viel zu wenig Distanz von den in Betracht kommenden Ereignissen und sollten berücksichtigen, dass die geduldigen Kärrner auch im Staatsleben weniger sichtbar und hörbar sind als die aufgeregten Peitscher, während die Weltgeschichte von der positiven Arbeit eines Masaryk vielleicht doch einmal mehr zu erzählen haben wird als vom Bühnenerfolg eines Mussolini.

Aber: der Mensch siehet, was vor Augen ist, und vor Augen ist zur Zeit entschieden *Mussolini*. Ob der im tiefsten Grunde eine antidemokratische Kraft ist, sei dahingestellt. Ein Zertrümmerer der bisherigen demokratischen Lebensform seines Staates, des italienischen Parlamentarismus, ist er jedenfalls. Ähnliches gilt für *Lenin*. Auch sein Erfolg beruht vielleicht schließlich doch darauf, dass sein Wille dem der Volksmehrheit Russlands entsprach, also letzten Endes demokratisch war. Aber für die Kulturstaaten des Westens, wo der Diktaturwille des Proletariats gegen lebendige demokratische Formen anstürmt, ist das System Lenins entschieden antidemokratisch. Am allerunübersichtlichsten ist für uns die dritte prominente Erscheinung dieser Reihe: der Spanier *Primo de Rivera*. Besonders interessant wäre er, wenn si ch die Behauptung bestätigen

sollte, dass er beabsichtigt, ein in jesuitischer Werkstatt entstandenes Projekt berufsständischer Kammern an die Stelle des demokratischen Parlamentarismus zu setzen.

Zu der Anderen Praxis liefert Deutschland vorläufig die Theorie. Wir sehen dort einen täglichen politischen Kleinkrieg, bei dem naiv und grausam Parlamentarismus und Demokratie identifiziert und attackiert werden. Nebenher geht die gelehrte Abschlachtung großen Stils durch *Oswald Spengler*. Sie operiert gegen die Demokratie mit derselben Verwechslung. Man tröste sich nicht damit, dass hinter dem phänomenal großen Wissen des Angreifers eine ebenso phänomenal kleine Anschauung vom wirklichen Gegenwartsleben steckt! Gefährlich kann der Spenglerismus für uns Schweizer dennoch werden, schon weil er direkt politisch-propagandistisch ausgenützt wird. Kurz nachdem Spengler im Februar seine Vortragsreise bei uns absolviert hatte, erhielt ich aus München eine Zuschrift des Inhalts:

« Als Drucksache sende ich Ihnen zwei höchst bemerkenswerte Artikel, die sich mit der französischen Politik beschäftigen. Der eine stammt von dem berühmten Oswald Spengler, von dem ich die ausdrückliche Ermächtigung habe, seine Aufsätze abdrucken zu lassen, wo immer es gewünscht wird. Wenn auch nicht im deutschen, so doch im allgemeinen menschlichen Interesse scheint es mir verdienstlich, in die verschlungenen Wege der französischen Politik hineinzuleuchten, womit sicherlich auch der Schweiz gedient ist. »

Es gilt also aufzupassen, schon weil diese Propaganda im Gegensatz zur großen Masse ähnlicher Bearbeitungsversuche nicht dumm ist. Wer aber aufzupassen entschlossen ist, muss sich vor allem absolute Nüchternheit geloben. Das heutige « Crucifige » ertönt nicht trotz, sondern wegen des verklungenen « Hosiannah ». Das Ansehen der Demokratie leidet unter der ungeheuerlichen Katerstimmung, die auf den *Rausch von* 1918 gefolgt ist. An diesem Rausch war die von der Entente so erfolgreich durchgeführte Fiktion schuld, der Weltkrieg sei das Ringen zwischen Demokratie und Autokratie.

Zu Anfang des Krieges wusste man noch nicht, wer diese Fiktion definitiv werde auf seine Mühle leiten können. Auch deutscherseits machte man in dieser Richtung nicht unerhebliche Anstrengungen. Wie schön las es sich z. B. in einem sozialdemokratischen Zeitungsartikel vom 5. August 1914:

« ... Nun ist die zarte, von den Freundes des Volkes und der Freiheit gehegte Pflanze des Rechtes und der Freiheit, nun ist das Volk selbst bedroht von den Horden des Blutzaren, denen sich das irregeführte Frankreich, das kapitalistische England zugesellt. Ein Kampf auf Leben und Tod hat begonnen. Wir müssen, wir werden ihn mit Ehren bestehen. Für Recht und Freiheit! »

Aber später hatte die Entente die unerhörte Chance, ungefähr gleichzeitig durch die russische Frühlingsrevolution von 1917 von der genanten Zarenallianz befreit zu werden und sich mit dem in europäischer Politik ahnungslosen amerikanischen Volk verbünden zu können, das wirklich glaubte, es gelte to save the world for democracy.

Und der Sieg sah ja anfangs wie eine Verwirklichung dieser Parole aus. Die Hohenzollern wurden entthront. Das war eine vermeintliche Erfüllung der französischen Hoffnung auf Zerstörung der tatsächlich nicht nur dynastisch verankerten deutschen Einheit. Und der Angst der Sukzessionsstaaten vor einer Wiederherstellung der Donau-Großmacht machte die Absetzung der Habsburger vorläufig ein Ende. Diese Dinge hatten mit Demokratie und Antidemokratie wenig zu tun. Aber äußerlich präsentierte sich die Zerstörung der beiden großen Kaiserherrschaften doch sehr schön demokratisch. Nebenher ging die Vernichtung der besiegten Heeresorganismen. Auch sie wurde als demokratisches Postulat drapiert, obwohl das in den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain enthaltene Verbot der Milizheere so undemokratisch als möglich ist. Ob Deutschland formell Republik oder Monarchie ist, solange der deutsche Bürger der Wehrpflicht und des Wehrrechtes beraubt ist und ein Söldnerheer unterhalten muss, so lange gibt es keine gesicherte deutsche Demokratie!

Der Durchschnittsdeutsche empfindet das aber nicht so. Er sieht nicht, wie schrecklich sich der Friede von Versailles gerade an der Demokratie versündigt hat, sondern identifiziert *Versailles und Demokratie*. Dafür sprechen ihm schon die Daten: Unterzeichnung des Friedens von Versailles am 28. Juni, der Verfassung von Weimar am 11. August 1919. Ein verständliches post hoc ergo propter hoc erzeugt den Glauben, die Demokratie sei nicht nur eine Begleiterscheinung, sondern ein *Teil* des außenpolitischen Nationalunglücks. Dieses furchtbare

Odium wird noch verstärkt durch den besondern Umstand, dass die während der Nachkriegszeit zehnfach unpopulär gewordenen Juden meist den demokratischen Parteien angehören. So steht schließlich die Demokratie da als « Tochter des Judentums, gezeugt mit der Angtangt ».

Spenglers gelehrte Doktrin kommt diesem populären Aberglauben liebreich zu Hilfe. Auch er verwechselt ein zeitliches mit einem kausalen Verhältnis, indem er Demokratie und *Plutokratie* gleichsetzt, weil die Expansion der Demokratie im 19. Jahrhundert *zeitlich* mit der des Hochkapitalismus zusammengefallen ist. Dagegen kommt bei ihm die doch für den deutschen Beobachter sehr naheliegende Tatsache nicht auf, dass in seinem Lande die Kerntruppe der Plutokratie, die Schwerindustriellen, nichts weniger als demokratisch gesinnt sind und dies in ihrer « Stinnespresse » auch keineswegs verheimlichen. Ihre Glanzleistung war das undemokratischste Steuersystem der Welt, das sie bis zum gänzlichen Zusammenbruch der Währung siegreich durchgehalten haben.

Mit diesem Hinweis auf Deutschland ist aber das Kapitel von den modernen Sünden und Leiden der Demokratie keineswegs erschöpft. Die böse Hauptsache ist: dass gerade die maßgebenden *Siegerstaaten demokratisch konstituiert* sind und — dennoch oder deswegen? — die Liquidation des Weltkriegs nicht fertig gebracht haben.

Oder ist das etwa gar kein Vorwurf? Ich habe mir übungshalber einmal vorgestellt, ich sei der Docteur Pangloss und werde von meinem Schüler Candide gefragt: «Wäre es gut gewesen, wenn nach dem Ende des Weltkriegs der wirkliche Weltfriede ausgebrochen wäre?» Als advocatus diaboli hätte ich darauf dem guten Jungen antworten können:

« Stelle dir vor, die Welt wäre im November 1919 einfach aus einem Dornröschenschlaf erwacht, sie hätte sich die Augen ausgerieben und wäre friedlich und vernünftig an ihre seit dem Juli 1914 unterbrochene Arbeit gegangen. Das wäre auf eine Fortsetzung und ungeheure Erweiterung der Überindustrialisierung vom Anfang des 20. Jahrhunderts herausgekommen.

Die nötige Nachfrage nach Industrieprodukten wäre vorhanden gewesen. Nur schon der rasche Wiederaufbau der zer-

störten Gebiete hätte für gigantische Aufträge gesorgt. Dazu wäre die Nachfüllung des Defizits an Friedensbedarf aller Art gekommen, das der Krieg hinterlassen hatte, weil er die eine Hälfte der Arbeiterschaft als Soldaten und die andere als Anfertiger von Kriegsmaterial beanspruchte. Erfahrungsgemäß ist nach jedem großen Krieg, wenn er von wirklichem Frieden gefolgt war, eine Industriehausse eingetreten. Nach dem Weltkrieg hätte sie, wenn er in wirklichen Weltfrieden übergegangen wäre, phänomenale Dimensionen angenommen.

Auch das nötige Arbeitermaterial wäre vorhanden gewesen. Zwar waren etliche Millionen von Männern gefallen. Aber noch mehr Millionen von Frauen hatten Männerarbeit gelernt und hätten sich bei lohnendem Verdienst bei der Industrie halten lassen. Und ungezählte Millionen von Bauernsöhnen wären aus dem Krieg nicht zum Pflug heimgekehrt, sondern hätten sich ebenfalls der Industrie zugewandt. Ferner hätten sich neun Zehntel der Männermasse, die in der Vorkriegszeit durch die stehenden Heere absorbiert war, der Industrie zur Verfügung stellen können.

Kurz, die Welt war reif, zu einer ungeheuren Fabrik zu werden, und das Menschenmaterial, das im Kriege gelernt hatte, mit einfachen Maschinen umzugehen und Zigaretten zu rauchen, das Kinder zeugen, aber nicht erziehen konnte, das prädestinierte Weltproletariat, war vorhanden.

Aber dann kam das Irrationelle.

Der bequeme Frieden trat nicht ein. Was kam, war ein Zwischenzustand zwischen Frieden und Krieg. Die in den Armeen gebundenen Menschenmassen wurden nur sehr teilweise für Friedensarbeit frei. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nahm keinen raschen, sondern einen höchst schleppenden Gang. Statt eines großzügigen Weltfreihandels kam ein exzessiver Protektionismus aller gegen alle.

Die Arbeiterschaft selbst tat alles, um die Entwicklung der Industrie zu behindern. Sie fesselte sie durch den Achtstundentag und andere Künste. Sie verhinderte durch den Mieterschutz die primitivste Voraussetzung einer erheblichen Ausdehnung der Industriebevölkerung, nämlich den Massenbau städtischer Wohnungen. Und der Teil Europas, aus dessen

Menschenreserven der stärkste Millionenzufluss zur Industriearbeiterschaft hätte kommen können, Russland, versagte ganz, weil das Industrie*proletariat* rechtzeitig die Industrie*intelligenz* umbrachte.

So ist alles anders gekommen, als es hätte kommen können. Und es ist gut so, dass es anders gekommen ist. Europa weiß, was es durch seine Friedlosigkeit und wirtschaftliche Anarchie leidet. Aber es weiß nicht, welcher ebenso rationellen wie irreparabeln Verpöbelung es durch sein derzeitiges Leiden entgeht. Das Ende der so teuer erkauften Hausseperiode wäre ja schließlich doch nur ungeheuerliche Überindustrialisierung und Überproduktion gewesen. Mit andern Worten: das Übel, aus dem der Krieg von 1914 entstanden ist, wäre nach einer oder zwei Generationen in potenzierter Form erst recht wieder da gewesen und hätte einen noch fürchterlicheren Krieg hervorgerufen.

So traurig es also auch heute um Europa steht: tout est au mieux dans ce meilleur des mondes possibles!» — —

Im Ernst ist eine solche Apologie des unbezweckten Effekts natürlich nicht brauchbar. Mit einer Theodizee lässt sich die menschliche *Friedenspfuscherei* nicht entschuldigen. Die Politiker sind nach ihrem bewussten Wollen, nicht nach ihrem unbewussten Vollbringen zu beurteilen. Und da kommt man kaum darum herum, zu konstatieren, dass nach dem dreißigjährigen Krieg und nach den napoleonischen Kriegen die damaligen Autokratien und Aristokratien besser dagestanden haben als die Demokratien von heute.

Der Vertrag von Versailles ist im wesentlichen das Produkt eines Kompromisses, für den Lloyd George verantwortlich ist. Für den damaligen Lloyd George hinwiederum ist das Khakiparlament vom Dezember 1918, also eine demokratische Körperschaft reinsten Wassers, verantwortlich. Und dass das, was trotz Versailles noch gut zu machen gewesen wäre, *nicht* gut gemacht worden ist, daran ist erstens das höchst demokratische amerikanische Volksgericht über Wilson vom Dezember 1920 und zweitens die auf untadelig demokratischer Basis gewählte französische Kammer schuld, die im Januar 1922 im Moment des vernünftigen Einlenkens Briand gestürzt hat. Überall hat das Volk und seine Vertretung im Wahn, Unnachgiebigkeit

könne dem eigenen Land über die Kriegsfolgen hinweghelfen, die Staatslenker am vernünftigen Entgegenkommen gegen die Besiegten und die eigenen Alliierten verhindert.

Also ist doch die Demokratie die Wurzel alles Übels? Wir fügen gleich die Gegenfrage bei: wäre es besser gekommen, wenn die für die Ereignisse verantwortlichen Staatsmänner unkontrollierte Despoten oder Oligarchen wären? Sicher können wir diese höchst hypothetische Frage aber nicht beantworten, weil die Herren eben tatsächlich Demokraten waren. Überall, wo das Fatale geschah, war die Demokratie mindestens zur Stelle und hat darum Mühe, ihre Unschuld zu beweisen. Es geht ihr fast wie dem braven Knaben — ich habe seinen Namen vergessen — auf dem *Münchner Bilderbogen:* er stand dabei, als zwei böse Buben einen Esel plagten, und erhielt, weil er nicht wie sie ausriss, von dem ergrimmt herbeieilenden Eselsbesitzer eine Ohrfeige; dann sprang er heulend davon, stieß auf der Treppe des Gymnasiums in seinem blinden Jammer an einen Professor und bekam die zweite Ohrfeige; im Weiterspringen wurde er vom Herrn Direktor gestellt, antwortete auf die Frage, was los sei: « Der Herr Professor hat mir eine Ohrfeige gegeben und ich habe dem Esel doch nichts getan! » und erhielt prompt seine dritte Ohrfeige.

Wir wollen die Demokratie sanfter behandeln, und glauben, ihr am ehesten gerecht werden zu können, wenn wir die Ursache der Nachkriegsverwirrung tiefer suchen, und zwar im allgemeinen *Aberglauben unserer Zeit an die Omnipotenz des Staates gegenüber der Wirtschaft.* Dieser Aberglaube ist eine Erbschaft des zwanzigsten Jahrhunderts, die den Durchschnittswähler der demokratischen Länder nicht mehr und nicht weniger belastet als einen Wilhelm II. oder Lenin. Was Majoritätsbeschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiet nicht zaubern können, können auch Ukase und Gewalttaten nicht zaubern. Zaubern kann man überhaupt nicht. Es kommt nur darauf an, wer seinen Aberglauben an die Zauberkraft des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet am raschesten ablegt. Und da muss zum Lob Mussolinis wohl zugegeben werden: in Wirtschaftsdingen ist er nicht so sehr Gewalttäter wie sonst. Aber warum sollen demokratische Staatsmänner nicht mit der Zeit auch merken, was er gemerkt

hat? Hoffnungslos verschlossen ist Einsicht und Einkehr auf diesem Gebiet weder Autokraten, noch Oligarchen, noch Demokraten, sondern höchstens vielleicht den politisierenden Generalen — also gerade dem von Spengler favorisierten Cäsarentypus! Sie müssen von Handwerks wegen glauben, dass der wohlorganisierten Gewalt nichts unerreichbar sei.

Mit dieser Ausnahme darf man aus der Weltgeschichte doch wohl die Lehre ziehen: eine vernünftige, volkserhaltende Politik ist bei jeder Staatsform möglich. Und die Frage ist nur: bei welcher am besten, bei der Autokratie, der Aristokratie oder bei der Demokratie? Aber besteht nun die Verpflichtung, diese Frage abzuwandeln? Für einen deutschen Professor gewiss! Aber nicht für einen Schweizer unter Schweizern! Für uns ist das « Problem der Demokratie » nicht mehr und nicht weniger als das Problem der eigenen Nase. Man diskutiert seine Nase schon darum nicht, weil man sie nicht ändern kann. Ohne Bild gesprochen: die Demokratie ist für uns eine Sache des Selbsterhaltungstriebs, weil für uns schlechterdings kein anderes staatliches Leben möglich ist.

Oder etwa doch die *Monarchie*, weil der Großteil des Schweizervolks germanischer Rasse ist und die Germanen im ganzen zur Monarchie neigen, die Kontinentalgermanen zur Erbmonarchie, die Angelsachsen zur Wahlmonarchie (des Premiers in England, des Präsidenten in der Union)? Von dieser Neigung waren aber gerade die Schweizer zu allen Zeiten frei. Nicht dass es nicht gelegentlich „Schweizerkönige" gegeben hätte! Aber auch die besten derselben, wie Hans Waldmann und Kardinal Schinner, waren tragische Einzelfiguren, deren Schicksal gerade zeigte, welch mangelhafte Sujets die Schweizer für Monarchen sind.

Ebenfalls rein theoretisch, aber doch sehr viel ernsthafter ist die Frage nach der Möglichkeit der *Aristokratie* für unser Land. Sie hat in vielen Kantonen ihre ehrenvolle Geschichte. Nur stellt man sich gemeinhin die schweizerischen Staatswesen des ancien régime sehr viel aristokratischer und ihre Untertanen sehr viel untertäniger vor, als sie im Grunde waren. Man verkennt das große Maß von Freiheit, das auch den nicht regimentsfähigen Staatsangehörigen dadurch blieb, dass der Staat über-

haupt nicht so viel regiert hat wie heute. Eindrücklich sind für den modernen Beobachter der altschweizerischen Staatswesen einerseits gewisse äußerliche Beeinträchtigungen der Einzelfreiheit durch Sittenmandate und dergleichen und anderseits der Staatszwang auf Gebieten wie die Religion, wo er heute nicht mehr funktioniert. Aber diesen Beschränkungen war der Herr in der Stadt so gut unterworfen wie der Bauer auf dem Lande, und darum drückten sie diesen auch nicht, wie wenn sie ihm allein gegolten hätten. Man darf *unsere* Freiheitsbegriffe nicht zurückprojizieren und soll nicht vergessen, was *wir* uns von der Wiege bis zur Bahre für eine Kette von Staatszwängereien gefallen lassen, von denen der schweizerische Untertan im 18. Jahrhundert keine Ahnung hatte.

Der demokratische Kern im schweizerischen Bauerntum, mit dem auch die gestrengsten Landvögte und Junker sich abzufinden hatten, wird gewöhnlich unterschätzt. Aber man lese daraufhin einmal das klassische Untertanenbuch der alten Schweiz, Pestalozzis *Lienhard und Gertrud*. Der Freiheitswille der Bauern spielt darin eine höchst bedenkliche Rolle. Er darf sich nur maulend gegenüber dem weisen Junker äußern. Aber er äußert sich eben doch! Man lese z. B. die Stelle im Abschnitt 144, wo die Bauern « ratschlagen wider ihren Herrn ». Pestalozzi erzählt da: « Einige redeten lustig vom Junker Heumesser und Herrn Kuhzähler; andere schworen, er richte nichts damit aus. Denn eine Gemeinde, sagten sie, hat einen Arm, wenn sie zusammenhält, und darf sich alle Stunden mit einem solchen Junkerlein messen, wenn es Ernst gilt. Der Hartkopf tat am weitesten sein Maul auf und behauptete, man müsse für den Teufel nicht seine leibliche und geistige Freiheit sich so leicht rauben lassen. »

Diese Bauern hatten ihre eigenen Demokratenköpfe. Deren Mentalität braucht uns nicht immer verständlich zu sein, z.B. wenn sie sich um das Recht zum Reislauf echauffierten oder um für unsere Begriffe minimer Steuerforderungen willen revoluzzten. Ganz wesentlich ist auch das Verhältnis des Bauern zu seinem Zivilrecht. Kantonsregierungen, die für uns jetzt despotisch aussehen, haben doch nicht gewagt, ihren Ämtern und Dörfern die altvererbten kleinen Zivilkodexe ab-

zusprechen, die zum Teil bis ins 19. Jahrhundert hinein in Kraft geblieben sind. *Darauf* legte der Bauer Gewicht. Er hätte sich empört, wenn ihm ein Gemeinschaftswille von Leuten aus Genf, Basel, Tessin, Appenzell usw. hätte vorschreiben wollen, wie nach seinem Tode das Gütchen unter seine Kinder zu verteilen sei. Dass er zur Wahl der Richter wenig oder nichts zu sagen hatte, machte ihm nicht viel Kummer. Wenn es nur nicht *fremde* Richter waren! Der Wille, einheimische Richter zu haben, der schon im Bundesbrief von 1291 so stark hervortritt, ist gemeinschweizerisch.

Damit kommen wir auf den wichtigen Konnex zwischen dem Freiheitsgefühl gegenüber dem Ausland und dem allgemeinen Freiheitsbewusstsein der Schweizer. Dieser Konnex besteht, obwohl theoretisch auch für die Schweiz absolute Unfreiheit im Innern und Unabhängigkeit gegen außen neben einander denkbar gewesen wären. In der Praxis erzog der Stolz auf die äußere Freiheit auch den schweizerischen Untertanen zur Demokratie. Der Bürger von Aarau oder Zofingen wurde durch seine Botmäßigkeit gegenüber den gnädigen Herren in Bern nicht gehindert, sich als « freier Schweizer » zu fühlen. Die Probe auf's Exempel lieferte nach 1798 die rasche geistige Anpassung der ehemaligen Untertanen an ihre neue Eigenschaft als Vollbürger. Ein geradezu glänzendes Dokument davon sind die *Réflexions sur la Révolution de la Suisse*, die im Jahre 1800 Jean Ph. Louis Bridel, der Bruder des Doyen Bridel, geschrieben hat. Dieses Büchlein eines Verfassers, der zwei Jahre zuvor noch waadtländischer Untertan Berns gewesen war, gibt Zeugnis von einer gemeinschweizerischen, freiheitlichen Staatsgesinnung, die nicht 1798 entstanden sein kann, sondern schon im « Untertanenherzen » gewohnt haben muss. Es ist wenig bekannt, gehört aber in die Monumenta Helvetiae, wenn einmal solche gesammelt und herausgegeben werden.

Die Tatsache, dass die Demokratie, wenn auch nicht im Sinne der äußern Technik, den Mehrheitswillen festzustellen, so doch im Sinne freiheitlicher Gesinnung, in unserem Volke so tief sitzt, nimmt uns auch die Sorge vor der letzten Staatsform, die etwa noch zu erörtern wäre: vor der *Ochlokratie* oder,

wie man heute sagt, Diktatur des Proletariats. Die Schweiz ist nicht « noch nicht reif », sondern allzu reif dafür!

Bei der Sicherheit, mit der wir diese Behauptung wagen, spielt nun allerdings der Verlass auf die Kraft einer formalpolitischen Errungenschaft mit, nämlich der *direkt-demokratischen Institutionen, Referendum und Initiative*. Sie sind eine schweizerische Spezialität und sind vom napoleonischen Plebiszit wohl zu unterscheiden. Dieses lässt sich schon darum praktisch nicht an ihre Seite stellen, weil es nie gegen den Willen der veranstaltenden Regierung ausgefallen ist, was sicher ein fundamentaler Unterschied gegenüber unserem Referendum ist! Dieses hat bekanntlich, schon lange bevor es in den sechziger Jahren durch den Baselbieter Christoph Rolle zu neuem Leben erweckt worden ist, seine interessante Vorgeschichte gehabt. In Bern, Zürich, Wallis und Graubünden geht sie bis ins Mittelalter zurück. Die bernischen Bauern wurden ämterweise versammelt und von den Ratsboten gefragt: «Wer unsern Herren und Obern in oberlüterten Gestalten gehorsam sein will, der stande still; wer aber das nit tun will, der stande an ein Ort (trete seitwärts) », und dann wurde gezählt, z. B. wie viele für und wie viele gegen das Zölibat der Geistlichen oder ein wichtiges Bündnis oder dergleichen seien.

Warum ist die Wiederbelebung dieses altschweizerischen Volksrechts so wichtig? Weil die direkte Demokratie gewisse Grundgefahren der andern demokratischen Systeme vermeidet! Sie ist die beste Garantie gegen die Omnipotenz der Parteiklüngel, unter der die rein parlamentarische Demokratie leidet, ja, wie es sich jetzt in Italien gezeigt hat, zugrunde gehen kann. Wenn ich in jungen Jahren zu Fuß durch Italien wanderte und vor jedem Dörfchen den Pfahl mit der Inschrift « Dazio » stehen sah als Zeugen der Schinderei des Volkes mit dem exzessiven Lebensmitteloktroy, habe ich mich oft hintersonnen, wie dieses System von einem Volksparlament geduldet werden könne. Aber Italien hatte eben kein Volks-, sondern nur ein Parteiparlament, das durch kein Referendum und keine Initiative kontrolliert war.

Beim System der nordamerikanischen Demokratie kann sich der Volkswille alle vier Jahre bei der Präsidentenwahl direkt

auswirken; aber dann geht es immer auf's Ganze. Wer wegen einer Zolltariffrage gegen die Partei des bisherigen Präsidenten stimmt, riskiert, damit auch gegen ein Dutzend von dessen Intentionen zu stimmen, mit denen er vielleicht durchaus einverstanden ist. Nur die Schweizerdemokratie gestattet dem Bürger, Differenzen mit Regierung und Parlament in Einzelfragen sachlich auszutragen, ohne dass er mehr Scheiben einwerfen muss, als er wirklich will. Es ist daher sehr verständlich, dass unser System auch im Ausland Schule macht. In Nordamerika beginnt es, die Einzelstaaten zu erobern. Man bringt ihm größtes Interesse entgegen. Einer Bibliographie, die William Rappard seiner Schrift *The Initiative, Referendum and Recall in Switzerland* (Philadelphia 1912) beigegeben hat, ist zu entnehmen, dass darüber schon in den Jahren 1883—1898 gegen hundert amerikanische und englische Publikationen erschienen sind. Wir exportieren also nicht nur Morphium, sondern auch Ideen in die angelsächsischen Länder, was uns dortige Kritiker gefälligst anrechnen mögen.

Es ist hoffentlich nicht nötig, aber immerhin nützlich, beizufügen, dass auch *unser* demokratisches System seine Schattenseiten hat. Ob seine stark konservative Tendenz eine ist? Das mag unerörtert bleiben. Aber sicher ist die mit ihm fast untrennbar verbundene Nötigung zu einer gewissen Betriebsamkeit, die man am besten gleich offen « *Demagogie* » nennt, eine Schattenseite! Eine Spezialität der direkten Demokratie ist sie allerdings nicht. Auch der Faszismus, der Hitlerismus und der Bolschewismus kommen ohne sie nicht aus. Das ist aber kein Grund für uns, vor dieser Gefahr die Augen zu schließen. Es gilt, bei unserer Demokratie Wache zu stehen, damit sie trotz der Gefahr eine gute und saubere Staatsform bleibt und die Staatsform der Zukunft wird.

Erste Voraussetzung dafür ist die mit jeder Generation wieder zu erneuernde *Selbsterziehung des Volkes*. Die Demokratie fällt nicht vom Himmel, sie muss gelernt sein. Es ist eine Übertreibung, wenn man behauptet, die Demokratie passe nur für kleine Verhältnisse. Aber wahr ist, dass sie sich nur an kleinen Verhältnissen *lernt*. Daher die mehr als dürftigen Leistungen der verfassungstechnisch so gut dotierten Demo-

kratie in Deutschland, wo man das demokratische Haus 1918 beim Dach zu bauen begonnen hat. Noch immer gilt die Weisheit des sächsischen Kammachers:

« Ja, ja, die Schweizer sind politische Leute. Es ist gewisslich, wie ich glaube, eine schöne Sache um die Politik, wenn man Liebhaber davon ist. Ich für mein Teil bin kein Kenner; wo ich zu Hause bin, da ist es nicht der Brauch gewesen. »

Es muss schon unten, in der kleinen Gemeinde, « der Brauch sein », wenn man in den obern Staatsregionen demokratisch leben will. Darum ist die moderne Tendenz zur Verfachmännerung im Staats- und Parteileben an Stelle der Selbstverwaltung, so mangelhaft deren technische Leistungen auch manchmal sind, eine große Gefahr für den Fortbestand unserer Demokratie.

Als weitere wichtige Voraussetzung ihrer Lebensfähigkeit ist das bürgerliche *Pflichtgefühl* zu nennen, das die Mitarbeit am Staatsleben befiehlt, auch wenn sie sehr unangenehm wird. Darüber hat der Genfer Albert Gallatin, der es in den Vereinigten Staaten bis zum Minister gebracht hatte, einem alten Freund, dem die Revolution von 1841 die Freude am Staat genommen hatte, als Achtzigjähriger das schöne Mahnwort nach Genf geschrieben:

« Dans tous les cas je crois qu'au lieu de se retirer et de tout abandonner à quelques meneurs temporaires, il faut redoubler d'efforts, s'emparer de l'état de choses quel qu'il soit et apprendre l'art difficile, mais devenu partout nécessaire, de diriger dans un sens convenable au lieu de chercher à comprimer le formidable élément populaire, tant qu'il ne sort pas des voies légales et constitutionelles. »

Mit dem Schimpfen ist es in der Demokratie nicht getan, mit dem Zahlen auch nicht. Sie fordert persönliche Arbeit.

Diese Arbeit kann aber nur ernsthaft und fruchtbar leisten, wer seinen Mitbürgern ein großes Maß von *Vertrauen* entgegenbringt, wer sich ihnen gleich *fühlt*, nicht sie sich gleich *machen* will. Der feste Wille, das Volk nicht zu überreden, nicht zu zwingen, nicht zu kaufen, sondern zu überzeugen, ist es, was den Demokraten vom Demagogen unterscheidet. Der Respekt von Mensch zu Mensch macht die Demokratie zur *sozialen* Staatsform par excellence. Und darin liegt ihre Sieghaftigkeit,

die uns den Mut gibt, trotz der Unbill der Gegenwart bei der demokratischen Stange zu bleiben, an der unser Schweizerkreuz auf rotem Tuche flattert.

BASEL ALBERT OERI

13.4.24.

⊞ ⊞ ⊞

WARUM DER SOZIALISMUS KOMMEN MUSS

Vorbemerkung des Übersetzers. Das Novemberheft 1923 des *London Magazine* brachte aus der Feder Sir Alfred Mond's, des Bankiers und Hygieneministers im Kabinette Lloyd Georges 1921, einen Artikel, worin der bekannte Finanzmann die Gründe aufführte, warum nach seiner Ansicht der Sozialismus zum Scheitern verurteilt sei. Ramsay Mac Donald, der damals ein einfaches Member of Parlament war, wurde um seine Ansicht darüber ersucht und er veröffentlichte seinen Artikel im Dezemberhefte der Londoner Zeitschrift. Es ist nun sehr interessant, Ramsay Mac Donalds Anschauungen über Sozialismus kennen zu lernen, niedergeschrieben unmittelbar vor seiner Berufung an den höchsten Posten der Regierung, und wie er jetzt — im Vollbesitze der Mittel und an einflußreichster Stelle — seine Pläne und Ideale in den Wirrnissen der heutigen Zeit durchzuführen strebt.

Warum der Sozialismus kommen muss überschreibt Mac Donald seinen in lebhaftem Kampfeifer, aber typisch englisch kühlem Stil geschriebenen Aufsatz. Sein Artikel ist für die mittleren Volksklassen bestimmt und holt daher zeitweise sehr weit aus; die von Ramsay Mac Donald persönlich in freundlicher Weise erlaubte Übersetzung kann deshalb, ohne den Autor undeutlich zu zeichnen, teilweise bedeutend verkürzt werden. Im übrigen werden wir uns bemühen, möglichst wörtlich seine manchmal köstlichen Vergleiche wiederzugeben.

Als Motto braucht Mac Donald einen Satz aus Sir Alfred Mond's Artikel: „Es ist sehr wichtig, dass man es sich vollständig klar macht, was Sozialismus bedeutet". Und dann, nach einigen einleitenden Sätzen, beginnt er:

„Ich stimme vollständig diesem Satz aus Sir Alfred Mond's Artikel zu, um dessen Beantwortung man mich ersucht. — Klar ist es in der Geschichte unseres Volkes geschrieben (der ganze Aufsatz bezieht sich ausdrücklich auf englische Verhältnisse), dass, als der Kapitalismus durch die industrielle Revolution zur Macht kam, er derart schreckliche Lebensbedingungen schuf, dass große Namen wie Robert Owen, Lord Shaftesbury, Samuel Plimsoll einzig und allein durch ihre Hingabe für die menschlichen Opfer des neuen Systems bekannt wurden. Es erhob sich dagegen eine Geistesrevolution, wie die christlichsoziale Bewegung und der literarisch-künstlerische Aufruhr, aus dem die Gestalten Carlyles und